Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 172. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 25. Juli 1928

Sparsamkeit und — Sicherheit.

Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt dem Vernehmen nach eine Besprechung mit dem Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller in der auf Grund des Berichtes der nach München entsandten Untersuchungskommission eine Verständigung über die Fortführung der Untersuchung herbeizuführen werden soll. An der bisherigen Untersuchung sind ein Beamter des Reichsverkehrsministeriums und Vertreter der bayerischen Regierung beteiligt.

Kurz nach dem großen Eisenbahnunglück bei Siegelsdorf in Bayern sagte ein Lokomotivführer, der seit 25 Jahren auf der Schnellzuglokomotive steht, zu einem Reisenden das tiefsinnige und richtige Wort: „Von uns Lokomotivführern nimmt das Publikum erst dann Notiz, wenn wir — vor dem Strafrichter stehen!" Diese Männer, denen das Leben von Hunderten anvertraut ist und die ein Zufall, ein Versehen, eine kleine Unachtsamkeit selbst aus der Bahn und aus dem Leben werfen kann, verrichten ohne viel Aufhebens ihre Pflicht auf der Maschine. Gerade da aber die Anforderungen, die an den Dienst dieser Männer gestellt sind, immer größer werden, sollte man auch den Lokomotivführer angesichts der schweren Unglücksfälle der letzten Zeit eingehender befragen, weil er ja schließlich am besten weiß, wie die Strecke aussieht, auf der er oft den Zug mit einer Geschwindigkeit von mehr als 100 Kilometern fährt. Er vermag am besten zu sagen, ob sich die gesteigerten Anforderungen, die in betriebstechnischer oder personeller Beziehung gestellt werden, überhaupt noch im Bereiche des menschlich und sachlich Möglichen halten. Obwohl diese Männer schweigsam sind, ungern reden, sind aus ihren Kreisen jetzt doch die Stimmen immer lauter und lauter geworden, die von einer Gefährdung des Betriebes zugunsten der Beschleunigung sprechen und hier die eigentliche Quelle der Gefahren und der Unglücksfälle sehen. Und immer wieder wird in diesen Kreisen der eigentlichen Praktiker, der für alles wirklich Verantwortlichen, die Ansicht laut, daß auf den deutschen Eisenbahnen die Stärke und die Güte des Oberbaus samt Brücken, Kurvenerhöhungen usw. diesen Anforderungen des beschleunigten Verkehrs, namentlich bei den viel stärker gewordenen Lokomotiven, einfach nicht mehr genügen. Daß infolgedessen die Voraussetzungen fehlen für die fast überall angestrebte und durchgeführte Verkehrsbeschleunigung, daß darum die Betriebsunfälle sich häufen. Wieweit es außerdem richtig ist, daß auf der einen Seite erhöhte Anforderungen an das Betriebspersonal gestellt wurden, man aber andererseits zu einer Herabsetzung der Beamten- und Angestelltenziffer, vor allem zu einer auffallend starken Verminderung der Arbeiterzahl geschritten ist, dürfte vermutlich in den einzelnen Direktionen verschieden zu beantworten sein. Allerdings geht das Streben der Reichsbahn z. B. dahin, sich durch Schaffung betriebseigener Werkstätten von der Privatwirtschaft möglichst unabhängig zu machen, eine Tendenz, die gleichfalls gewisse Gefahren in sich schließt, weil hier auch Sparsamkeit bis zum äußersten verlangt und durchgeführt wird.

Man sollte also gerade zu diesem technisch hoch qualifizierten Betriebspersonal, wie es die Lokomotivführer darstellen, im Interesse der Sicherheit des Gesamtbetriebes stärkeres Vertrauen haben und darauf achten, wenn es mahnt. Durch einen verhängnisvollen Zufall oder durch ein schlechtes Funktionieren des Betriebes ist die Warnung eines Lokomotivführers über die Gefahren der Siegelsdorfer Strecke unbeachtet geblieben; vielleicht wären heute noch zwei Dutzend Menschen mehr am Leben, wenn man schleunigst der damaligen Mahnung des Praktikers Gehör geschenkt hätte. Jetzt wird wieder eine Untersuchung über das andere Unglück am Münchener Hauptbahnhof veranstaltet — aber zu einem wirklichen Resultat dürfte man doch nur kommen, wenn dabei auch die Männer der Praxis gehört werden. Nicht in Massenversammlungen kann hier zutage gefördert werden, was ist, eher was nicht sein sollte.

Man scheue sich dann, wenn wirklich eine gründliche Untersuchung des Betriebes bei den Deutschen Reichsbahnen erfolgt, nun aber auch nicht davor, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Schließlich weiß doch jeder, daß die Deutsche Reichsbahn A.-G. infolge der Zahlungsverpflichtungen des Dawes-Vertrages bis aufs äußerste zu kämpfen hat, um die notwendige Betriebssicherheit nicht unter dem unbedingten Zwang zur Sparsamkeit leiden zu lassen. Man kann nicht mehr so aus dem Vollen wirtschaften, wie einst in der Vorkriegszeit, als allein schon die Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft im Jahre einen Überschuß von weit über 500 Millionen erbrachte und Preußen deswegen ein Land war, in dem die Steuern sehr niedrig sein konnten. Jetzt liegen die Dinge leider ganz, ganz anders, aber die Eisenbahn weiß auch, daß sie selbst am meisten darunter leidet, wenn der Ruf der Betriebssicherheit weiter so erschüttert wird, wie das in der letzten Zeit geschehen ist; denn immer und laut spricht man ja von Unglücksfällen, viel weniger aber von der gewaltigen Leistung auf den Schienen. Die Eisenbahn weiß, daß der Ausbau sonstiger Verkehrsmittel ihr eine überaus scharfe Konkurrenz bereitet, wie auch z. B. das Automobil ihr zahllose Passagiere zahlungskräftiger Art entzogen hat. Aber gerade, weil sie vor vier Jahren den Charakter einer Privatgesellschaft erhalten hat, ist sie verpflichtet, den Bureaukratismus so weit wie nur irgend möglich abzustreifen. Hiergegen ist zweifellos recht viel gesündigt worden, es sind Menschen zum Opfer allzu großer Starrheit geworden.

Nicht wieder darf auch jetzt die Untersuchung im Sande steckenbleiben oder höchstens ein papiernes Ergebnis erzielen; allzuviel ist in letzter Zeit geschehen, was zu wachsenden Bedenken Anlaß gab. Man braucht freilich dabei nicht zu vergessen, wie verhältnismäßig schnell die Deutsche Reichsbahn nach der furchtbaren inneren wie äußeren Zerrüttung der Nachkriegszeit sich wieder in die Höhe gearbeitet hat. Mit allen Mitteln hat sie aber dafür zu sorgen, daß sie ihren früheren guten Ruf nicht verliert.

Frankreich und die Anschlußfrage

(Das Journal des Debats macht scharf.)

Paris, 24. Juli. Unter der Ueberschrift „Die französische Regierung und die österreichische Frage" stellt das Journal des Debats fest, daß der sich langsam in die Tat umsetzende Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich zu einer der gefährlichsten Tatsachen Europas werden könnte. An dem Tage, an dem er vollendet sein werde, würde sich die allgemeine Lage vollkommen zum Nachteil der Sieger verändert haben und Zentraleuropa würde sich einem Deutschland ausgeliefert sehen, das in vieler Hinsicht stärker sein würde als 1914. Vor allem sei eine volle Verständigung mit den Staaten erforderlich, die daran interessiert seien, in erster Linie mit der Tschechoslowakei. Daneben müßten aber die Engländer genau unterrichtet werden über die französischen Absichten für den Fall, daß sich Frankreich eines Tages vor eine vollendete Tatsache gestellt sehen würde. Schließlich müsse vor der Unterzeichnung des Kellog-Paktes festgestellt werden, daß dieser keine Maßnahmen ausschließe, die nötig seien, um einen Umsturz des neuen Europas zu verhindern. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß die Rheinlandbesetzung dazu benutzt werden könnte, um Sicherheiten zu erhalten, sei es im Austausch gegen eine vorzeitige Räumung, sei es, um durch ihre Beibehaltung einen Druck auszuüben.

☆

Löbes Antwort.

Graz, 24. Juli. Bei der Gründung der hiesigen Ortsgruppe des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes hielt Reichstagspräsident Löbe eine Rede, in der er ausführte: Wir strecken unsere Hand nicht aus nach einem fremden Gut und fremden Volk, sondern wir appellieren an das Gesetz, das die Entente ins Leben gerufen hat, dem deutschen Volk aber verweigert. Wir wollen uns mit niemand vereinigen, der nicht freiwillig zu uns kommt. Das deutsche Volk, das so viel ungünstige Bestimmungen der Völkerbundssatzung ertragen muß, klammert sich an die einzige günstige Bestimmung dieser Satzungen, die vorsieht, daß der Wille der Deutschen im Reich und in Oesterreich nach Vereinigung vollzogen werden kann. Der Redner erinnerte daran, daß Bundeskanzler Dr. Seipel das Ansinnen der Kleinen Entente, Oesterreich einem nichtdeutschen Wirtschaftskörper anzugliedern, mit der Antwort abgelehnt habe, Oesterreich wolle nichts ohne Deutschland tun. Wir haben, so erklärte der Reichstagspräsident, als wir bei Dr. Seipel erschienen, ihm erklärt, daß auch Deutschland nichts ohne Oesterreich tun werde. Lassen Sie uns, schloß Löbe, in diesem Sinne weiter an der großen Idee der nationalen Einigung arbeiten. Es wird der Tag kommen, an welchem in den Deutschen Reichstag auch die Vertreter Oesterreichs einziehen werden.

Der Manchester Guardian gegen die französische Anschlußhetze.

London, 24. Juli. Der Pariser Mitarbeiter des Manchester Guardian erklärt in einer Kritik der französischen Pressestimmen zum Wiener Sängerbundesfest, jedes Ereignis während der Wiener Feier, wie das Singen des Deutschlandliedes und die Rede des Reichstagspräsidenten Löbe wurden in Paris als so schwerwiegend erachtet, daß eine politische Rückwirkung mehr als wahrscheinlich sei. Kein Pariser Blatt habe jedoch die Frage anzuschneiden für Wert befunden, auf Grund welcher Rechte aus dem Versailler Vertrag oder anderen Verträgen Frankreich und seine Verbündeten zur Verhinderung der deutsch-österreichischen Annäherung einschreiten könnte. In dieser Hinsicht sei in der französischen Presse nicht ein einziges Beweismittel gegen Oesterreich vorgebracht worden, das nicht im gleichen Maße auf ein britisches Dominium Anwendung finden könnte. Die Friedensverträge enthielten nichts, was die Forderung einer österreichisch-deutschen Vereinigung verhindern könnte, sie machten nur die Billigung einer solchen Forderung von dem Gesetz der Einstimmigkeit in Genf abhängig. Die wahre französische Furcht, so meint das englische Blatt, liege darin, daß dieses Gesetz der Einstimmigkeit angesichts der Entwicklung der Dinge sich als zweischneidig erweisen werde und daß Frankreich und seine Alliierten eines Tages gegen die eine Seite der Klinge anlaufen würden.

Lambach ausgeschlossen.

Berlin, 24. Juli. Vom Landesverband Potsdam 2 der Deutschnationalen Volkspartei wird folgende Entscheidung in Sachen Lambach mitgeteilt: Das Parteimitglied, Herr Walter Lambach, M. d. R., hat unter bewußter Ausschaltung der zuständigen Parteiinstanzen Vorstöße gegen die programmatischen Grundsätze der DNVP. und Auseinandersetzungen mit einem Fraktionskollegen in verletzender Form durch die Presse in die Oeffentlichkeit gebracht. Er hat sich dadurch im Sinne des Paragraphen 17 der Parteisatzung schwerster Verletzung der Parteizucht und starker Schädigung des Ansehens der Partei schuldig gemacht. Er wird deshalb durch einstimmigen Beschluß des Landesvorstandes aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diesen Beschluß steht dem Ausgeschlossenen innerhalb vier Wochen die Berufung an das Parteigericht zu.

Lambach legt Berufung ein.

Berlin, 24. Juli. Wie die TU. auf Anfrage bei dem Abgeordneten Lambach erfährt, wird Lambach gegen den Spruch des Landesvorstandes Berufung bei dem Parteigericht einlegen.

Schweden wünscht Aufklärung über Malmgreens Tod.

Stockholm, 24. Juli. Das Auswärtige Amt führt einen lebhaften Telegrammwechsel mit Rom über die Italia-Katastrophe. Obwohl über den Inhalt Stillschweigen bewahrt wird, wird doch hervorgehoben, daß Schweden völlige Aufklärung über die Umstände zu erhalten wünsche, die Malmgreens Tod herbeiführten.

Einstweilen keine Revision des Dawes-Planes.

Besprechungen zwischen Poincaré und Parker Gilbert.

Der Reparationsagent Parker Gilbert befindet sich seit einiger Zeit in Paris und hat dort mehrfach Unterredungen nicht bloß mit dem französischen Ministerpräsidenten und mit dem auffallenderweise gleichzeitig in Paris weilenden amerikanischen Schatzsekretär Mellon gehabt, sondern auch mit einer ganzen Reihe anderer englischer, französischer und amerikanischer Finanzleute. Über den Inhalt dieser Besprechungen wird natürlich nichts gesagt; nur das eine steht fest, daß zum mindesten bis zu dem Zeitpunkt nichts geschieht, an dem der neue nordamerikanische Präsident gewählt ist. Bestritten wird außerdem auch, daß sich die Verhandlungen um die vom Reparationsagenten eifrig befürwortete Festsetzung einer Endsumme für die deutschen Dawes-Verpflichtungen drehen. Im übrigen sind Amerikaner und Franzosen noch sehr geteilter Meinung über die Verbindung der deutschen Zahlungsverpflichtungen mit den interalliierten Schuldenabkommen.

In Washington betrachtet man überhaupt die Frage einer Neuregelung des Dawes-Planes als durchaus nicht dringend, man ist vielmehr davon überzeugt, daß Deutschland sich im wirtschaftlichen Aufstieg befinde und dadurch leicht in die Lage versetzt werde, auch die ansteigenden Zahlungsverpflichtungen des Dawes-Planes zu leisten. Auch die Transferzahlungen stoßen jetzt nicht mehr auf die früheren währungstechnischen Widerstände. Für viel wichtiger hält Washington eine auch formelle Regelung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens, das von der Pariser Kammer ebensowenig ratifiziert worden ist wie vom Senat. Die französische Regierung selbst ist auch nicht sehr eingenommen für dieses Abkommen, weil man in Paris gegenüber den amerikanischen Geldforderungen auf die großen Menschenverluste verweist, die namentlich Frankreich erlitten habe, und wonach es recht und billig sei, wenn die Vereinigten Staaten auf die Rückzahlung der von ihnen vorgeschossenen Kriegsgelder verzichten würden — aber Washington denkt gar nicht daran.

An dieser Auffassung würde sich in Amerika auch dann nichts ändern, wenn an die Stelle des bisherigen republikanischen Präsidenten ein Demokrat gewählt würde.

200000 Turner in Köln.

Köln, 24. Juli.

Zur selben Zeit, wo in Luzern die rote Fahne mit dem weißen Kreuz bei den Vorführungen von 20000 Turnern anläßlich des 59. Eidgenössischen Turnfestes im Winde flattern, zur selben Zeit, wo in Amsterdam die letzten Vorbereitungen für die Olympischen Spiele getroffen werden, zur selben Zeit feiert man in Köln am deutschen Rhein das 14. Deutsche Turnfest. Selbstverständlich, daß man es auf recht turnerische Art anfing, nämlich indem man zuerst das Jahn-Denkmal auf der Jahn-Wiese neben dem Kölner Stadion einweihte. 50000 Menschen waren Zuschauer und Zeugen dieses Ereignisses, das gewissermaßen der Startschuß zum 14. Deutschen Turnfest